Allgemeine Geschäftsbedingungen der Landeshauptstadt München (Stahlgruber-Stiftung) für den Hotelaufnahmevertrag sowie für Veranstaltungen in den Räumen der Stahlgruber-Stiftung (AGBHV)

Stand: September 2014

1 Geltungsbereich

- 1.1 Diese Geschäftsbedingungen gelten für Verträge über die mietweise Überlassung von Gästeapartments zur Beherbergung sowie alle in diesem Zusammenhang für den Kunden erbrachten weiteren Leistungen und Lieferungen (Hotelaufnahmevertrag, wobei der Begriff „Hotelaufnahmevertrag“ insbesondere folgende Begriffe umfasst und ersetzt: Beherbergungs-, Gastaufnahme-, Hotel-, Hotelzimmervertrag) der Stahlgruber-Stiftung sowie für Verträge über die mietweise Überlassung von Konferenz-, Veranstaltungsräumen, Werkstätten, Flächen und Vitrinen der Stahlgruber-Stiftung (nachfolgend als „Veranstaltungsräume“ bezeichnet) zur Durchführung von Veranstaltungen wie Seminaren, Tagungen, Ausstellungen, Trainings und Präsentationen etc. sowie für alle in diesem Zusammenhang für den Kunden erbrachten weiteren Leistungen und Lieferungen der Stahlgruber-Stiftung. Der Rechtsträger der Stahlgruber-Stiftung (nachfolgend als „Stiftung“ bezeichnet) ist die Landeshauptstadt München.
- 1.2 Die Unter- oder Weitervermietung der überlassenen Gästeapartments sowie deren Nutzung zu anderen als Beherbergungszwecken und die Unter- oder Weitervermietung der überlassenen Veranstaltungsräume sowie die Einladung zu Vorstellungsgesprächen, Verkaufs- oder ähnlichen Veranstaltungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stiftung in Textform, wobei § 540 Abs. 1 Satz 2 BGB abgedungen wird, soweit der Kunde nicht Verbraucher ist.
- 1.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden finden nur Anwendung, wenn dies vorher in Textform ausdrücklich vereinbart wurde.

2 Vertragsabschluss, -partner, Verjährung

- 2.1 Vertragspartner sind die Stiftung und der Kunde. Der Vertrag kommt durch die Annahme des Antrags des Kunden durch die Stiftung zustande. Der Stiftung steht es frei, die Buchung in Textform zu bestätigen.
- 2.2 Alle Ansprüche gegen die Stiftung verjähren grundsätzlich in einem Jahr ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn. Schadensersatzansprüche verjähren kenntnisabhängig in fünf Jahren, soweit sie nicht auf einer Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen. Diese Schadensersatzansprüche verjähren kenntnisunabhängig in zehn Jahren. Die Verjährungsverkürzungen gelten nicht bei Ansprüchen, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der Stiftung beruhen.

3 Leistungen, Preise, Zahlung, Aufrechnung

- 3.1 Die Stiftung ist verpflichtet, die vom Kunden gebuchten Gästeapartments bzw. Veranstaltungsräume bereitzuhalten und die vereinbarten Leistungen zu erbringen.
- 3.2 Der Kunde ist verpflichtet, die für die Überlassung von Gästeapartments bzw. Veranstaltungsräume und die von ihm in Anspruch genommenen weiteren Leistungen vereinbarten bzw. geltenden Preise der Stiftung zu zahlen. Dies gilt auch für vom Kunden direkt oder über die Stiftung beauftragte Leistungen, die durch Dritte erbracht und von der Stiftung verauslagt werden. Insbesondere gilt dies auch für Forderungen von Urheberrechtsverwertungsgesellschaften.
- 3.3 Die vereinbarten Preise verstehen sich einschließlich der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Steuern und lokalen Abgaben. Bei Änderung der gesetzlichen Umsatzsteuer oder der Neueinführung, Änderung oder Abschaffung lokaler Abgaben auf den Leistungsgegenstand nach Vertragsschluss werden die Preise entsprechend angepasst. Bei Verträgen mit Verbrauchern gilt dieses nur, wenn der Zeitraum zwischen Vertragsabschluss und Vertragserfüllung vier Monate überschreitet.
- 3.4 Die Stiftung kann ihre Zustimmung zu einer vom Kunden gewünschten nachträglichen Verringerung der Anzahl der gebuchten Gästeapartments oder Veranstaltungsräume, der Leistung der Stiftung oder der Aufenthaltsdauer des Kunden davon abhängig machen, dass sich der Preis für die Gästeapartments bzw. Veranstaltungsräume und/oder für die sonstigen Leistungen der Stiftung erhöht.
- 3.5 Rechnungen der Stiftung ohne Fälligkeitsdatum sind binnen zehn Tagen ab Zugang der Rechnung ohne Abzug zahlbar. Die Stiftung kann die unverzügliche Zahlung fälliger Forderungen jederzeit vom Kunden verlangen. Bei Zahlungsverzug ist die Stiftung berechtigt, die jeweils geltenden gesetzlichen Verzugszinsen in Höhe von derzeit 8 % bzw. bei Rechtsgeschäften, an denen ein Verbraucher beteiligt ist, in Höhe von 5 % über dem Basiszinssatz zu verlangen. Der Stiftung bleibt der Nachweis eines höheren Schadens vorbehalten.

- 3.6 Die Stiftung ist berechtigt, bei Vertragsschluss vom Kunden eine angemessene Vorauszahlung zu verlangen. Die Höhe der Vorauszahlung und die Zahlungstermine können im Vertrag in Textform vereinbart werden.
- 3.7 In begründeten Fällen, zum Beispiel Zahlungsrückstand des Kunden oder Erweiterung des Vertragsumfanges, ist die Stiftung berechtigt, auch nach Vertragsschluss bis zu Beginn der Überlassung der Gästeapartments bzw. Veranstaltungsräume eine Vorauszahlung im Sinne vorstehender Ziffer 3.6 oder eine Anhebung der im Vertrag vereinbarten Vorauszahlung bis zur vollen vereinbarten Vergütung zu verlangen.
- 3.8 Die Stiftung ist ferner berechtigt, zu Beginn und während der Überlassung der Gästeapartments bzw. Veranstaltungsräume vom Kunden eine angemessene Vorauszahlung im Sinne vorstehender Ziffer 3.6 für bestehende und künftige Forderungen aus dem Vertrag zu verlangen, soweit eine solche nicht bereits gemäß vorstehender Ziffer 3.6 und/oder Ziffer 3.7 geleistet wurde.
- 3.9 Der Kunde kann nur mit einer unstreitigen oder rechtskräftigen Forderung gegenüber einer Forderung der Stiftung aufrechnen oder verrechnen.

4 Rücktritt des Kunden (Abbestellung, Stornierung), Nichtinanspruchnahme der Leistungen der Stahlgruber-Stiftung

- 4.1 Ein Rücktritt des Kunden von dem mit der Stiftung geschlossenen Vertrag ist nur möglich, wenn ein Rücktrittsrecht im Vertrag ausdrücklich vereinbart wurde, ein sonstiges gesetzliches Rücktrittsrecht besteht oder wenn die Stiftung der Vertragsaufhebung ausdrücklich zustimmt. Die Vereinbarung eines Rücktrittsrechtes sowie die etwaige Zustimmung zu einer Vertragsaufhebung sollen jeweils in Textform erfolgen.
- 4.2 Sofern zwischen der Stiftung und dem Kunden ein Termin zum kostenfreien Rücktritt vom Vertrag vereinbart wurde, kann der Kunde bis dahin vom Vertrag zurücktreten, ohne Zahlungs- oder Schadensersatzansprüche der Stiftung auszulösen. Das Rücktrittsrecht des Kunden erlischt, wenn er nicht bis zum vereinbarten Termin sein Recht zum Rücktritt gegenüber der Stiftung ausübt.
- 4.3 Ist ein Rücktrittsrecht nicht vereinbart oder bereits erloschen, besteht auch kein gesetzliches Rücktritts- oder Kündigungsrecht und stimmt die Stiftung einer Vertragsaufhebung nicht zu, behält die Stiftung den Anspruch auf die vereinbarte Vergütung trotz Nichtinanspruchnahme der Leistung. Die Stiftung hat die Einnahmen aus anderweitiger Vermietung der Gästeapartments bzw. Veranstaltungsräume sowie die ersparten Aufwendungen anzurechnen. Die jeweils ersparten Aufwendungen können dabei pauschaliert werden. Werden im Falle eines Hotelaufnahmevertrags die Gästeapartments nicht anderweitig vermietet, so ist der Kunde verpflichtet, mindestens 90 % des vertraglich vereinbarten Preises für Übernachtung mit Frühstück zu zahlen. Dem Kunden steht der Nachweis frei, dass der vorgenannte Anspruch nicht oder nicht in der geforderten Höhe entstanden ist. Der Stiftung steht der Nachweis frei, dass ein höherer Anspruch entstanden ist.

5 Rücktritt der Stahlgruber-Stiftung

- 5.1 Sofern vereinbart wurde, dass der Kunde innerhalb einer bestimmten Frist kostenfrei vom Vertrag zurücktreten kann, ist die Stiftung in diesem Zeitraum ihrerseits berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn Anfragen anderer Kunden nach den vertraglich gebuchten Gästeapartments bzw. Veranstaltungsräumen vorliegen und der Kunde auf Rückfrage der Stiftung mit angemessener Fristsetzung auf sein Recht zum Rücktritt nicht verzichtet.
- 5.2 Wird eine gemäß Ziffer 3.6 und/oder Ziffer 3.7 vereinbarte oder verlangte Vorauszahlung auch nach Verstreichen einer von der Stiftung gesetzten angemessenen Nachfrist nicht geleistet, so ist die Stiftung ebenfalls zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt.
- 5.3 Ferner ist die Stiftung berechtigt, aus sachlich gerechtfertigtem Grund vom Vertrag außerordentlich zurückzutreten, insbesondere falls
- Höhere Gewalt oder andere von der Stiftung nicht zu vertretende Umstände die Erfüllung des Vertrages unmöglich machen;
 - Gästeapartments oder Veranstaltungsräume oder sonstige Räume bzw. Veranstaltungen schuldhaft unter irreführender oder falscher Angabe oder Verschweigen wesentlicher Tatsachen gebucht werden; wesentlich kann dabei die Identität des Kunden, die Zahlungsfähigkeit oder der Aufenthaltszweck sein;
 - die Stiftung begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass die Inanspruchnahme der Leistung den reibungslosen Geschäftsbetrieb, die Sicherheit oder das Ansehen der Stiftung bzw. das Ansehen der

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Landeshauptstadt München (Stahlgruber-Stiftung) für den Hotelaufnahmevertrag sowie für Veranstaltungen in den Räumen der Stahlgruber-Stiftung (AGBHV)

Stand: September 2014

Landeshauptstadt München in der Öffentlichkeit gefährden kann, ohne dass dies dem Herrschafts- bzw. Organisationsbereich der Stiftung zuzurechnen ist;

- der Zweck oder Anlass des Aufenthaltes bzw. der Veranstaltung gesetzeswidrig ist;

- ein Verstoß gegen oben genannte Ziffer 1.2 vorliegt.

5.4 Der berechtigte Rücktritt der Stiftung begründet keinen Anspruch des Kunden auf Schadensersatz.

6 Bereitstellung und Rückgabe von Gästearmten

6.1 Der Kunde erwirbt keinen Anspruch auf die Bereitstellung bestimmter Gästearmten, soweit dieses nicht ausdrücklich vereinbart wurde.

6.2 Gebuchte Gästearmten stehen dem Kunden ab 15:00 Uhr des vereinbarten Anreisetages zur Verfügung. Der Kunde hat keinen Anspruch auf frühere Bereitstellung.

6.3 Am vereinbarten Abreisetag sind die Gästearmten der Stiftung spätestens um 9:30 Uhr geräumt zur Verfügung zu stellen. Danach kann die Stiftung aufgrund der verspäteten Räumung des Gästearmten für dessen vertragsüberschreitende Nutzung bis 18:00 Uhr 50 % des vollen Logispreises (Listenpreises) in Rechnung stellen, ab 18:00 Uhr 90 %. Vertragliche Ansprüche des Kunden werden hierdurch nicht begründet. Ihm steht es frei nachzuweisen, dass der Stiftung kein oder ein wesentlich niedrigerer Anspruch auf Nutzungsentgelt entstanden ist.

7 Bereitstellung und Rückgabe von Veranstaltungsräumen, Teilnehmerzahl

7.1 Verschieben sich die vereinbarten Anfangs- oder Schlusszeiten der Veranstaltung und stimmt die Stiftung diesen Abweichungen zu, so kann die Stiftung die zusätzliche Leistungsbereitschaft angemessen in Rechnung stellen, es sei denn, die Stiftung trifft ein Verschulden.

7.2 Eine Veränderung der Teilnehmerzahl bei der Veranstaltung um mehr als 10 % muss der Stiftung spätestens fünf Werktage vor Veranstaltungsbeginn mitgeteilt werden; sie bedarf der Zustimmung der Stiftung, die in Textform erfolgen soll.

8 Haftung

8.1 Die Stiftung haftet für von ihr zu vertretende Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Weiterhin haftet sie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der Stiftung beziehungsweise auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung von vertragstypischen Pflichten der Stiftung beruhen. Einer Pflichtverletzung der Stiftung steht die eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen gleich. Weitergehende Schadensersatzansprüche sind, soweit in dieser Ziffer 8 nicht anderweitig geregelt, ausgeschlossen. Sollten Störungen oder Mängel an den Leistungen der Stiftung auftreten, wird die Stiftung bei Kenntnis oder auf unverzügliche Rüge des Kunden bemüht sein, für Abhilfe zu sorgen. Der Kunde ist verpflichtet, das ihm Zumutbare beizutragen, um die Störung zu beheben und einen möglichen Schaden gering zu halten.

8.2 Im Falle der Überlassung von Veranstaltungsräumen ist der Kunde außerdem verpflichtet, die Stiftung rechtzeitig auf die Möglichkeit der Entstehung eines außergewöhnlich hohen Schadens hinzuweisen. Zu Veranstaltungen mitgeführte Ausstellungs- oder sonstige, auch persönliche Gegenstände befinden sich auf Gefahr des Kunden in den Veranstaltungsräumen bzw. in den sonstigen Räumlichkeiten der Stiftung; die Stiftung übernimmt für Verlust, Untergang oder Beschädigung keine Haftung, auch nicht für Vermögensschäden, außer bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz der Stiftung. Von Satz 2 ausgenommen sind Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und zudem alle Fälle, in denen die Verwahrung aufgrund der Umstände des Einzelfalles eine vertragstypische Pflicht darstellt.

8.3 Die Stiftung empfiehlt die Nutzung des Stiftungssafes in der Rezeption. Sofern der Kunde Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten mit einem Wert von mehr als 300 Euro oder sonstige Sachen mit einem Wert von mehr als 1.000 Euro einzubringen wünscht, bedarf dies einer gesonderten Aufbewahrungsvereinbarung mit der Stiftung.

8.4 In Veranstaltungsräumen mitgebrachtes Dekorationsmaterial hat den brandschutztechnischen Anforderungen zu entsprechen. Die Stiftung ist im Einzelfall berechtigt, dafür einen behördlichen Nachweis zu verlangen. Erfolgt ein solcher Nachweis nicht, so ist die Stiftung berechtigt, bereits eingebrachtes Material auf Kosten des Kunden zu entfernen. Wegen möglicher Beschädigungen sind die Aufstellung und Anbringung von Gegenständen vorher mit der Stiftung ab-

zustimmen. Nach dem Ende der Veranstaltung sind mitgebrachte Ausstellungs- oder sonstige Gegenstände unverzüglich zu entfernen. Unterlässt der Kunde dies, darf die Stiftung die Entfernung und Lagerung zu Lasten des Kunden vornehmen. Verbleiben die Gegenstände in den Veranstaltungsräumen, kann die Stiftung für die Dauer des Vorenthaltens der Veranstaltungsräume eine angemessene Nutzungsentschädigung berechnen.

8.5 Zurückgelassene Sachen in Gästearmten werden nur auf Anfrage und gegen Entgelt nachgesandt. Die Stiftung haftet nur nach Maßgabe der vorstehenden Ziffer 8.1 Satz 1 bis 4. Die Stiftung bewahrt in Gästearmten zurückgelassene Sachen für sechs Monate auf; nach Ablauf der sechs Monate werden die Gegenstände entsorgt.

8.6 Soweit dem Kunden ein Stellplatz in der Stiftungsgarage zur Verfügung gestellt wird, kommt dadurch kein Verwahrungsvertrag zustande. Bei Abhandenkommen oder Beschädigung auf dem Stifungsgrundstück abgestellter oder rangierter Kraftfahrzeuge und deren Inhalte haftet die Stiftung nur nach Maßgabe der vorstehenden Ziffer 8.1, Sätze 1 bis 4.

8.7 Post für die Kunden wird mit Sorgfalt behandelt. Die Stiftung haftet hierbei nur nach Maßgabe der vorstehenden Ziffer 8.1 Satz 1 bis 4.

8.8 Sofern der Kunde Unternehmer ist, haftet er für alle Schäden an Gebäude oder Inventar, die durch Besucher, Mitarbeiter, Veranstaltungsteilnehmer oder sonstige Dritte aus seinem Bereich oder ihn selbst verursacht werden.

9 WLAN-Zugang

9.1 Der Kunde erhält bei Anerkennung und Einhaltung der Regelungen der „Nutzungsordnung für den WLAN-Zugang und die Internetnutzung der Stahlgruber-Stiftung“ kostenlos Zugang zum Internet über WLAN gemäß den Festlegungen der Nutzungsordnung. Ein Anspruch auf Zulassung zur WLAN-Nutzung besteht nicht, die Verfügbarkeit des Zugangs zum Internet wird von der Stiftung nicht garantiert.

9.2 Die Stiftung wird sich bemühen, Störungen an dem von der Stiftung zur Verfügung gestellten WLAN-Zugang im Sinne der Ziffer 8.1 nach Möglichkeit zeitnah zu beseitigen. Zahlungen im Sinne der vorstehenden Ziffer 3.2 können nicht zurückbehalten oder gemindert werden, soweit die Stiftung diese Störungen nicht zu vertreten hat.

10 Sonstige technische Einrichtungen bei Veranstaltungen

10.1 Soweit die Stiftung für den Kunden auf dessen Veranlassung technische und sonstige Einrichtungen von Dritten beschafft, handelt sie im Namen, in Vollmacht und auf Rechnung des Kunden. Der Kunde haftet für die pflegliche Behandlung und die ordnungsgemäße Rückgabe. Er stellt die Stiftung von allen Ansprüchen Dritter aus der Überlassung dieser technischen Einrichtungen frei.

10.2 Die Verwendung von eigenen elektrischen Anlagen des Kunden unter Nutzung des Stromnetzes der Stiftung bedarf dessen Zustimmung. Durch die Verwendung dieser Geräte auftretende Störungen oder Beschädigungen an den technischen Anlagen der Stiftung gehen zu Lasten des Kunden, soweit die Stiftung diese nicht zu vertreten hat. Die durch die Verwendung entstehenden Stromkosten darf die Stiftung pauschal erfassen und berechnen.

11 Schlussbestimmungen

11.1 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages, der Antragsannahme oder dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen sollen in Textform erfolgen. Einseitige Änderungen oder Ergänzungen durch den Kunden sind unwirksam.

11.2 Erfüllung- und Zahlungsort sowie ausschließlicher Gerichtsstand ist im kaufmännischen Verkehr München. Sofern ein Vertragspartner die Voraussetzung des § 38 Absatz 2 ZPO erfüllt und keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, gilt als Gerichtsstand München.

11.3 Es gilt deutsches Recht. Die Anwendung des UN-Kaufrechts und des Kollisionsrechts ist ausgeschlossen.

11.4 Sollten einzelne Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften.